



HESSISCHER LANDTAG

27. 11. 2019

Kleine Anfrage

Karl Hermann Bolldorf (AfD) und Erich Heidkamp (AfD) vom 10.09.2019

EU-Recht im hessischen Landesrecht

und

Antwort

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes
Hessen beim Bund

Vorbemerkung Fragesteller:

Bei der Umsetzung von EU-Recht in nationales Recht kann es aufgrund der Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen in Deutschland dazu kommen, dass eine EU-Richtlinie sowohl Bundes- als auch Länderzuständigkeiten berührt; diese sind von Bund und Ländern kongruent umzusetzen. Aktuell soll mit dem Seveso-III-Richtlinie-Umsetzungsgesetz (Drs. 20/1057) EU-Recht in Landesrecht umgesetzt werden.

In der Begründung zu dem am 26.02.2019 vom Landtag beschlossenen Hessischen Brexit-Übergangsgesetz (HBrexitÜG – Drs. 20/60) wird außerdem von „Bestimmungen im Landesrecht, welche auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union oder in der Europäischen Atomgemeinschaft Bezug nehmen“, gesprochen.

Vorbemerkung Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund:

Das EU-Recht bedarf nur teilweise einer innerstaatlichen Umsetzung. Verordnungen der Europäischen Union (EU-Verordnungen) gelten unmittelbar, das heißt, sie bedürfen grundsätzlich keiner innerstaatlichen Umsetzungsakte oder einer besonderen Bekanntgabe nach innerstaatlichem Recht. Zu ihrer Durchführung können aber ergänzende innerstaatliche Regelungen erforderlich sein; häufig sind dies Zuständigkeitsbestimmungen. In einigen EU-Verordnungen werden die Mitgliedstaaten ausdrücklich ermächtigt, ergänzende Bestimmungen zu erlassen. In manchen Fällen führen die EU-Verordnungen zu regulativem Anpassungsbedarf bei bestehenden Landesnormen.

Im Gegensatz zu den EU-Verordnungen bedürfen die Richtlinien der Europäischen Union (EU-Richtlinien) regelmäßig der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten. In der Bundesrepublik ist dabei die Kompetenzverteilung zwischen Bundes- und Landesgesetzgebung zu berücksichtigen. Die Durchführungsbestimmungen zu den EU-Verordnungen und die Umsetzung der Richtlinien erfolgen regelmäßig durch Gesetze und Rechtsverordnungen, die entweder ausschließlich diesem Zweck dienen oder die einzelne Normen zu diesem Zweck enthalten.

Für die Beantwortung der Fragen 1 und 2 wäre eine Auswertung jeder einzelnen Norm in allen landesrechtlichen Rechtsverordnungen und Gesetzen erforderlich. Dies ist jedoch im zur Verfügung stehenden zeitlichen Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht realisierbar. Die Beantwortung stützt sich daher allein auf die vorhandenen Recherchemöglichkeiten in juristischen Datenbanken (z. B. Juris). Landesrechtliche Normen, die ihrerseits auf Landes- oder Bundesnormen verweisen, die der Durchführung der EU-Verordnungen oder der Umsetzung von EU-Richtlinien dienen, können daher nicht erfasst werden.

Zu berücksichtigen ist auch, dass die Mitgliedstaaten erst seit 1990 aufgrund einer Einigung des Rates und der Kommission verpflichtet sind, bei der Umsetzung von Richtlinien in den entsprechenden, nationalen Umsetzungsregelungen auf diese Bezug zu nehmen. Ob auch früheres Recht im Einzelfall der Umsetzung von Richtlinien dient, konnte daher in den Datenbanken nicht recherchiert werden.

Das von den Fragestellern in der Vorbemerkung erwähnte Hessische Brexit-Übergangsgesetz (HBrexitÜG – Drs. 20/60) findet in den Auflistungen indes keine Erwähnung, da es erst an dem Tag in Kraft tritt, an dem das Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft in Kraft tritt (vgl. § 3 HBrexitÜG).

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, der Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung, dem Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, dem Minister des Innern und für Sport, dem Minister der Finanzen, der Ministerin der Justiz, dem Kultusminister, der Ministerin für Wissenschaft und Kunst, der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Hessischen Minister für Soziales und Integration wie folgt:

Frage 1. Welche Gesetze und Verordnungen im hessischen Landesrecht beziehen sich in Tatbestand oder Rechtsfolge auf die Eigenschaft als Mitgliedstaat der EU (Bitte vollständig auflisten.)?

Die Angaben können der in Anlage 1 beigefügten Übersicht entnommen werden.

Frage 2. Welche Gesetze und Verordnungen im hessischen Landesrecht stellen eine Umsetzung von EU-Recht dar (Bitte vollständig auflisten und nach Gesetz/Verordnung und EU-Rechtsquelle differenzieren.)?

Die Angaben können der in Anlage 2 beigefügten Übersicht entnommen werden.

Frage 3. Im Juli 2019 war zu vernehmen, dass die Europäische Kommission gemäß Art. 258 AEUV mehrere Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland angestrengt hat.

- Wie viele Vertragsverletzungsverfahren sind nach Kenntnis der Landesregierung gegen die Bundesrepublik Deutschland anhängig, die einer nicht vollständigen Umsetzung im Bundesland Hessen zugrunde liegen?
- In wie vielen Fällen liegen spezifische Umsetzungsdefizite oder Verstöße gegen EU-Recht durch das Bundesland Hessen vor?
- Welche Maßnahmen wurden seitens der Landesregierung diesbezüglich eingeleitet?

Zu Frage 3 a: Gemäß Art. 258 des AEUV ist die Kommission zur Erhebung einer Vertragsverletzungsklage ermächtigt. Der Klageerhebung muss allerdings ein zweistufiges Vorverfahren vorausgehen, das darauf abzielt, den Vorwurf einer Vertragsverletzung außergerichtlich auszuräumen. In den meisten Fällen erledigt sich der Vorwurf einer Vertragsverletzung im Vorverfahren. Daher kommt es nur in einigen wenigen Fällen zur Klageerhebung beim Europäischen Gerichtshof. Für Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesregierung zuständig. Da sich während des Vorverfahrens der Streitgegenstand u. a. aufgrund des stetigen Dialogs zwischen der Kommission und dem für die Koordinierung der Verfahren zuständigen Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem jeweiligen fachlich federführenden Bundesministerium oft ändert, können ausschließlich auf Bundesebene Auskünfte über anhängige Verfahren erteilt werden.

Außerdem informiert die Europäische Kommission auf ihrer Internetseite mittels einer Datenbank über „Entscheidungen in Verletzungsverfahren“ und stellt dort auch Informationen zum Inhalt ihrer Beschlüsse zur Verfügung. Aus dieser Datenbank sind die aktuell laufenden Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland, der jeweilige Verfahrensgegenstand und die Verfahrensstufe ersichtlich.

Zu Frage 3 b: Vertragsverletzungsverfahren gemäß Art. 258 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union richten sich – unabhängig davon, auf welcher innerstaatlichen Ebene die Europäische Kommission einen Verstoß gegen die Verträge vermutet – gegen die Mitgliedstaaten. Dem Mitgliedstaat werden sämtliche Handlungen und Unterlassungen seiner regionalen und funktionalen Untergliederungen zugerechnet. Die Vertragsverletzungsverfahren werden durch die Europäische Kommission nicht danach kategorisiert, ob und in welcher Form Landesrecht betroffen ist. Der Verfahrensgegenstand kann sich im Verlauf eines Verfahrens vor allem durch die Kommunikation zwischen dem betroffenen Mitgliedstaat und der Kommission ändern. Eine entsprechende Aufstellung liegt folglich nicht vor.

Bezüglich Informationen zu einzelnen Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wird auf die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie verwiesen. Das Kompetenzzentrum Europarecht der Bundesregierung übernimmt die zentrale Bearbeitung aller (außerprozessualen) Vertragsverletzungsvorwürfe, die von der Europäischen Kommission gegenüber Deutschland erhoben werden. Einen Überblick über zahlenmäßige Entwicklung und thematische Schwerpunkte der Vertragsverletzungsverfahren gibt auch der von der Europäischen Kommission herausgegebene Jahresbericht zur Anwendung des Unionsrechts (https://ec.europa.eu/info/publications/annual-reports-monitoring-application-eu-law_en).

Zu Frage 3 c: Für den Fall, dass ein Verfahren vor den Europäischen Gerichtshof kommt und dabei Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind, haben sich der Bund und die Länder auf ein Verfahren geeinigt und dieses im Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG) festgeschrieben. Gemäß § 7 Abs. 3 EUZBLG wird u. a. bei Vertragsverletzungsverfahren, in denen die Bundesrepublik Deutschland Partei ist, mit dem Bundesrat Einvernehmen hergestellt, soweit Gesetzgebungsbefugnisse der Länder betroffen sind und der Bund kein Recht zur Gesetzgebung hat. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu a und b verwiesen.

Wiesbaden, 23. November 2019

Lucia Puttrich

Anlage(n):

Die komplette Drucksache inklusive der Anlage(n) kann im Landtagsinformationssystem unter:

→ <http://starweb.hessen.de> abgerufen werden.

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 1

In dieser Übersicht werden die konkreten Normen, die in Tatbestand und/oder Rechtsfolge von ihrem Wortlaut her an die Eigenschaft als EU-Mitgliedstaat anknüpfen, aufgelistet.

AGInsO Hessisches Ausführungsgesetz zur Insolvenzordnung	§ 3a	Vorübergehende Schuldnerberatung und -vertretung
APOgDDRV Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung für den Studiengang Bachelor of Laws – Sozialverwaltung - Rentenversicherung	§ 3	Bewerbung, Auswahl, Einstellung
APOgDPA Ausbildungs- und Prüfungsordnung gehobener Dienst Public Administration	§ 3	Bewerbung, Auswahl, Einstellung
APOgDArch Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Laufbahnzweig Archivdienst im gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst	§ 3	Auswahl und Einstellung
APOgDU Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen technischen Dienst in der Umweltverwaltung des Landes Hessen	§ 4	Ausschreibung, Bewerbung
APOgtD-Eich Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen technischen Dienst des Landes Hessen in der Eichverwaltung	§ 4	Ausschreibung, Bewerbung und Einstellungsverfahren
APOgtD-Hessen Mobil Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen technischen Dienst in der oberen Straßenbaubehörde des Landes Hessen, Hessen Mobil - Straßen- und Verkehrsmanagement	§ 4	Ausschreibung, Bewerbung
APOgvermtD Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen vermessungstechnischen Dienstes des Landes Hessen	§ 4	Ausschreibung, Bewerbung
APOhtD Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Landes Hessen für die Laufbahn des höheren technischen Dienstes	§ 2	Einstellungsvoraussetzungen
	§ 3	Bewerbung und Einstellungsverfahren
	§ 7	Inhalt und Gestaltung der Ausbildung, Nachteilsausgleich
	§ 27	Sondervorschriften für die Ausbildungsrichtung Architektur

	Anlage 6 (zu § 27)	Sondervorschriften Architektur Ausbildungsabschnitte
	Anlage 7 (zu § 28)	Sondervorschriften Städtebau Nachzuweisendes Wissensspektrum (Studieninhalte), Prüfstoffverzeichnis
	Anlage 8 (zu § 29)	Sondervorschriften Straßenwesen Prüfstoffverzeichnis
	Anlage 9 (zu § 30)	Sondervorschriften Stadtbauwesen Prüfstoffverzeichnis
	Anlage 10 (zu § 31)	Sondervorschriften Maschinen- und Elektrotechnik in der Verwaltung Prüfstoffverzeichnis
	Anlage 11 (zu § 32)	Sondervorschriften Geodäsie und Geoinformation Zu den Ausbildungsabschnitten, Prüfstoffverzeichnis
	Anlage 12 (zu § 33)	Sondervorschriften Landespflege Ausbildungsabschnitten, Prüfstoffverzeichnis
	Anlage 13 (zu § 34)	Sondervorschriften Umwelttechnik Prüfstoffverzeichnis
APOhDArchiv Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Laufbahnzweig Archivdienst im höheren allgemeinen Verwaltungsdienst in Hessen	§ 3	Auswahl und Einstellung
APOhgFD Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren und gehobenen Forstdienst des Land Hessens	§ 3	Bewerbung zum Vorbereitungsdienst
APOLMChem Lebensmittelchemikerverordnung	§ 2	Berufspraktische Ausbildung
	§ 20	Anerkennung von Hochschuldiplomen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 1

APOmD Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Dienstes in der allgemeinen Verwaltung	§ 3	Bewerbung, Auswahl, Einstellung
APOmD-Eich Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren technischen Dienst des Landes Hessen in der Eichverwaltung	§ 4	Ausschreibung, Bewerbung und Einstellungsverfahren
APOmD-Geo Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Landes Hessen für die Laufbahn des mittleren technischen Dienstes in der Ausbildungsrichtung Geodäsie und Geoinformation	§ 3	Bewerbung, Einstellung, Dienstbezeichnung
BauPAVO Bauprodukte- und Bauartenverordnung	§ 3	Gleichwertung und Abweichungen
Betriebsprämienausführungsverordnung	§ 1	Flächenidentifizierungssystem
BMitwG Berufsstandsmitwirkungsgesetz	§ 6	Voraussetzungen der Benennung
BodSchSVO Hessische Verordnung über Sachverständige für Bodenschutz und Altlasten nach § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes	§ 1	Anerkennung von Sachverständigen
	§ 4	Anerkennungsverfahren
	§ 7	Vereinfachtes Verfahren
DesinfAusbVO Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Desinfektorinnen und Desinfektoren	§ 19	Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit
DÜG Hessisches Dolmetscher- und Übersetzergesetz	§ 2	Voraussetzungen der allgemeinen Beeidigung
	§ 7	Vorübergehende Dolmetschertätigkeit
EKVO Abwassereigenkontrollverordnung	§ 10	Untersuchungsstellen für Abwasser
	§ 11	Prüfstellen für Durchflussmesseinrichtungen und Drosselorgane
FBG Friedhofs- und Bestattungsgesetz	§ 6a	Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit
Gesetz zum Vollzug von Aufgaben in den Bereichen der Landwirtschaft, der	§ 1	[keine Bezeichnung]

Landschaftspflege, der Dorf- und Regionalentwicklung und des ländlichen Tourismus		
Gesetz zum Vollzug von Aufgaben auf den Gebieten des Veterinärwesens und der Lebensmittelüberwachung	§ 1 Abs. 1	Zuständigkeiten
HafenGefabwVO Gefahrabwehrverordnung für Häfen	§ 42	Geltungsbereich und Begriffsbestimmung
HAltPflG Hessisches Altpflegegesetz	§ 2	Erlaubnis
	§ 3	Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit
HASG Hessisches Architekten- und Stadtplanergesetz	§ 3	Berufsverzeichnisse
	§ 4	Eintragungsvoraussetzungen, Gleichwertigkeit, Ausgleichsmaßnahmen
	§ 4a	Europäischer Berufsausweis
	§ 4b	Vorwarnmechanismus
	§ 5	Versagung und Löschung der Eintragung
	§ 6	Berufsgesellschaften
	§ 7	Auswärtige Berufsangehörige und Berufsgesellschaften
	§ 10	Versorgungswerk, Versorgungseinrichtungen
	§ 15	Obliegenheiten
HAVPflSchG Hessische Ausführungsverordnung zum Pflanzenschutzgesetz	§ 3	Inhalt der Anzeige
	§ 4	Anerkennung von Kontrollwerkstätten und Kontrollpersonen
HBG Hessisches Beamtengesetz	§ 16	Erwerb der Befähigung

HBesG Hessisches Besoldungsgesetz	§ 30	Öffentlich-rechtliche Dienstherren
HBKG Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz	§ 48	Externe Notfallpläne für schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen
HBO Hessische Bauordnung	§ 67	Bauvorlageberechtigung
	§ 89	Rechtsverordnungen, Verwaltungsvorschriften
HBQFG Hessisches Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz	§ 5 Abs. 6	Vorzulegende Unterlagen (nicht reglementierte Berufe)
	§ 12 Abs. 3, 4 und 6	Vorzulegende Unterlagen (Reglementierte Berufe)
	§ 13 Abs. 3	Verfahren
	§ 13a	Europäischer Berufsausweis
	§ 13b	Vorwarnmechanismus
HDSIG Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz	§ 1	Anwendungsbereich
	§ 6	Rechtsstellung
	§ 7	Aufgaben
	§ 13	Zuständigkeit und Aufgaben
	§ 14	Befugnisse
	§ 15	Gutachten und Untersuchungen, Tätigkeitsbericht
	§ 17	Benachteiligungsverbot bei Anrufung der oder des Hessischen Datenschutzbeauftragten
	§ 19	Gerichtlicher Rechtsschutz
	§ 20	Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten
§ 21	Verarbeitung zu anderen Zwecken	

	§ 22	Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen
	§ 23	Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigungsverhältnisses
	§ 24	Datenverarbeitung zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken und zu statistischen Zwecken
	§ 25	Datenverarbeitung zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivzwecken
	§ 26	Rechte der betroffenen Person und aufsichtsbehördliche Untersuchungen im Fall von Geheimhaltungspflichten
	§ 27	Datenübermittlung an öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften
	§ 28a	Datenverarbeitung bei öffentlichen Auszeichnungen und Ehrungen
	§ 28b	Datenverarbeitung in Gnadungsverfahren
	§ 31	Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person
	§ 32	Informationspflicht, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden
	§ 33	Auskunftsrecht der betroffenen Person
	§ 34	Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“)
	§ 35	Widerspruchsrecht

	§ 36	Anwendung der Vorschriften über das Bußgeld- und Strafverfahren bei Verstößen nach Artikel 83 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679
	§ 37	Strafvorschriften
	§ 39	Gemeinsame Verfahren, Gemeinsam Verantwortliche
	§ 41	Begriffsbestimmungen
	§ 60	Meldung von Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten an die Hessische Datenschutzbeauftragte oder den Hessischen Datenschutzbeauftragten
	§ 69	Qualitätssicherung personenbezogener Daten vor deren Übermittlung
	§ 73	Allgemeine Voraussetzungen
	§ 74	Datenübermittlung bei geeigneten Garantien
	§ 75	Ausnahmen für eine Datenübermittlung ohne geeignete Garantien
HeilbG Heilberufsgesetz	§ 77	Gegenseitige Amtshilfe
	§ 3	Berufsangehörige aus EU- oder EWR- Mitgliedstaaten
	§ 6a	Ethikkommission
	§ 7	Informations- und Prüfungspflichten der Kammern
	§ 9	Unterstützung von Behörden
	§ 28	Anerkennung
	§ 32	Prüfung zur Erlangung der Anerkennung

	§ 35	Weiterbildungsanordnung
	§ 38a	Besondere Ausbildung in der Allgemeinmedizin
Hessisches Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (HAGTierNebG)	§ 1	Beseitigungspflichtige
Hessische Ausführungsverordnung zum Weinrecht und zur Reblausbekämpfung	§ 4	Wiederbepflanzung
	§ 5a	Neuanpflanzungen
	§ 5b	Genehmigungsfreie Pflanzungen
	§ 6	Förderung nach dem nationalen Stützungsprogramm Wein
	§ 14	Kontrollverfahren für Landwein sowie für Rebsorten- und Jahrgangsw Wein
	§ 18	Zuständigkeiten
HessIStrRHZuVo Zuständigkeitsverordnung internationale Strafrechtshilfe	§ 2	Zuständigkeit der Gerichte und Staatsanwaltschaften
	§ 3	Zuständigkeit der Polizeibehörden
	§ 4	Zuständigkeit für die Geschäftsbereiche anderer Ministerien
	§ 5	Kontaktstelle, Zentrale Behörde
HFeuerwLV Hessische Feuerwehrlaufbahnverordnung	§ 13	Zuständigkeit für die Anerkennung von Berufsqualifikationen
HFischG Hessisches Fischereigesetz	§ 54a	Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Union
HGastG Hessisches Gaststättengesetz	§ 15	Grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung
HGO	§ 30	Aktives Wahlrecht

Hessische Gemeindeordnung	§ 39 Abs. 2	Wählbarkeit zum Bürgermeister
HIngG Hessisches Ingenieurgesetz	§ 1	Führung der Berufsbezeichnung Ingenieurin und Ingenieur
	§ 2a	Europäischer Berufsausweis
	§ 3	Führung der Berufsbezeichnung Beratende Ingenieurin und Beratender Ingenieur
	§ 5	Eintragungsvoraussetzungen (Beratende Ingenieurin und Beratender Ingenieur)
	§ 6	Führen der Berufsbezeichnung Stadtplanerin und Stadtplaner
	§ 8	Eintragungsvoraussetzungen (Stadtplanerinnen und Stadtplaner)
	§ 10	Eintragungsvoraussetzungen (Bauvorlageberechtigte Ingenieurinnen und Ingenieure)
	§ 11	Auswärtige Bauvorlageberechtigung
	§ 17	Vorübergehende Dienstleistungen Auswärtiger
	§ 19	Weitere Nachweise, Ausnahmen
	§ 22	Einheitliche Stelle, Verfahren, Fristen, Versicherungsnachweise, Vorwarnmechanismus
	§ 23	Obliegenheiten
	§ 25	Berufsordnungsverfahren
	§ 27	Aufgaben
§ 38	Datenschutz, Auskünfte	
§ 39	Rechtsverordnungen	

HKPHG Hessisches Krankenpflegehilfegesetz	§ 2a	Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit
HKO Hessische Landeskreisordnung	§ 22	Aktives Wahlrecht
	§ 37 Abs. 2	Wählbarkeit zum Landrat
HLbG Hessisches Lehrerbildungsgesetz	§ 36	Aufnahme in den Vorbereitungsdienst
	§ 61 Abs. 1 Nr. 1	Gleichstellung von Befähigungsnachweisen nach der Richtlinie 2005/36/EG mit Lehrbefähigungen nach dem HLbG
	§ 66 Abs. 4 Satz 2	Dienstbefreiung für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, die nach Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2006/123/EG akkreditierten Fortbildungsveranstaltungen gleichgestellt sind
HBeihVO Hessische Beihilfenverordnung	§ 14 Abs. 2 Nr. 3	Beihilfefähigkeit von krankheitsbedingten Aufwendungen im EU-Ausland, Richtlinie 2004/38/EG
HLbGDV Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes	§ 30	Bewerbung, Antrag
	§ 66	Anerkennungsverfahren
HLVO Hessische Laufbahnverordnung	§ 8	Erwerb der Befähigung
	§ 27	Anwendungsbereich
	§ 28	Anerkennungsvoraussetzungen
	§ 29	Ausgleich von Qualifikationsdefiziten
	§ 32	Antrag
	§ 33	Entscheidung
HÖbVIngG	§ 2	Voraussetzungen für die Zulassung

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 1

Hessische Gesetz über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und Vermessungsingenieure		
HöTechDAusb/PrüfO Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Land Hessens für die Laufbahn des höheren technischen Dienstes	§ 7	Inhalt und Gestaltung der Ausbildung, Nachteilsausgleich
HPresseG Hessisches Pressegesetz	§ 7	Verantwortlicher Redakteur
HPPVO Hessische Prüfungsberechtigten- und Prüfungsverständigenverordnung	§ 3	Voraussetzungen der Anerkennung
	§ 4	Allgemeine Voraussetzungen
	§ 5	Allgemeine Pflichten
	§ 6	Anerkennungsverfahren
	§ 9	Gleichwertigkeit, gegenseitige Anerkennung
HSchG Hessisches Schulgesetz	§ 56 Abs. 2 Satz 2	Erfüllung der Schulpflicht durch den Besuch von anerkannten Ergänzungsschulen, die auf den Erwerb von Abschlüssen eines anderen EU-Mitgliedstaats vorbereiten
HSeilbG Hessisches Seilbahngesetz	§ 14	Versicherungspflicht
HSOG Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung	§ 22	Datenübermittlung im innerstaatlichen Bereich und im Bereich der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten
	§ 102	Amtshandlungen von Dienstkräften der Polizei anderer Länder und von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Bundes
HStubeiG Hessisches Studienbeitragsgesetz	§ 7	Anspruch auf Darlehensgewährung
HVGG Hessisches Vermessungs- und Geoinformationsgesetz	§ 40	Zugang der Behörden, Organe und Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft

		sowie internationale Einrichtungen
	§ 41	Nutzungsrechte
	§ 42	Kosten und Entgelte
HVTG Hessische Vergabe- und Tariftreugesetz	§ 3	Soziale, ökologische und innovative Anforderungen, Nachhaltigkeit
	§ 13	Nachweis der Eignung, Präqualifikation
HVwVfG Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz	§ 8a	Grundsätze der Hilfeleistung
	§ 8b	Form und Behandlung der Ersuchen
	§ 8c	Kosten der Hilfeleistung
	§ 8d	Mitteilung von Amts wegen
HygKonAusbildV Ausbildungsordnung für Hygienekontrolleurinnen und Hygienekontrolleure	§ 10	Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit
IndV Indirekteinleiterverordnung	§ 4	Sachverständige Stellen
JustizDelegV Justizdelegationsverordnung	§ 6 Nr. 4	Familiensachen
	§ 25	Rechtshilfe in Zivilsachen
JuZuV Justizzuständigkeitsverordnung	§ 9 Abs. 2 Buchstabe h	Zuständigkeit auswärtiger Senate des Oberlandesgerichts für Entscheidungen über Rechtsmittel in europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen
	§ 51	Zuständigkeit für europäische Verfahren für geringfügige Forderungen
	§ 57	Rechtshilfeangelegenheiten in Zivil- und Handelssachen
JZahIVV Justizzahlungsverkehrsverordnung	§ 2	Unbare Zahlungsweisen

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 1

KV Kompensationsverordnung	§ 3	Planungsbewertung
KWO Kommunalwahlordnung	§ 9	Eintragung der Wahlberechtigten
LAufnG Landesaufnahmegesetz	§ 1 Abs. 1 Nr. 6	Aufnahme von Schutzbedürftigen
LBlGG Landesblindengeldgesetz	§ 4	Höhe des Blindengeldes
LFNDZustV Verordnung zur Übertragung von Befugnissen der Landesregierung zum Erlass von Rechtsverordnungen und zur Bestimmung von Zuständigkeiten in den Bereichen Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz	§ 2	[keine Bezeichnung]
	§ 3	[keine Bezeichnung]
	§ 5	[keine Bezeichnung]
	§ 10	[keine Bezeichnung]
MarkSchG Markscheidergesetz	§ 3	Antrag
MedDokAusbO Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Medizinische Dokumentarinnen und Medizinische Dokumentare	§ 24	Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit
Milch-Gütedurchführungsverordnung	§ 5	Zulassung einer Untersuchungsstelle
NBVO Nachweisberechtigtenverordnung	§ 5	Gleichwertigkeit
	§ 6	Allgemeine Pflichten
PatMobilG Patientenmobilitätsgesetz	§ 1	Anwendungsbereich
SparkOrgHE/ThStVtrG HE Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen und zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes	§ 2 i.V.m. Artikel 2 Abs. 5 des Staatsvertrages (Anlage zum Gesetz)	Hinweise auf Pflichtverstöße der Prüfungsstelle von Stellen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union
StPIVgVO Studienplatzvergabeverordnung Hessen	§ 1	Anwendungsbereich
	§ 17	Besondere Bestimmungen für die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 1

StVG Gesetz zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für die Hochschulzulassung	§ 1 i.V.m Art. 5 Abs. 2 des Staatsvertrages	Anwendungsbereich
	§ 5 Abs. 2 Nr. 1	Vergabeverfahren für höhere Fachsemester
TrWEntnVO Verordnung über die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern zum Zwecke der Trinkwasserversorgung	§ 1	Zweck der Verordnung
VergabeVOZVS Vergabeverordnung Stiftung für Hochschulzulassung	§ 2	Einbezogener Personenkreis
Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten von Behörden der Landesverwaltung im Veterinärwesen und bei der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung (Zuständigkeitsverordnung Veterinärwesen, Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung - ZustVVLf -)	§ 2	Tierseuchenrechtliche Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union Tierische Nebenprodukte
Verordnung zur Durchführung der Kulturpflanzen-Ausgleichszahlungs-Verordnung und der Rinder- und Schafprämien-Verordnung	§ 2	Zu § 11
VSchDG-ZV Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem EG-Verbraucherschutzdurchsetzungs-gesetz und der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004	§ 1	(Zuständige Behörde)
WaffGDurchfVO Verordnung zur Durchführung des Waffengesetzes	§ 3	Zuständige Kontaktstelle gewerbsmäßiger grenzüberschreitender Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen den Mitgliedstaaten des Euroraums
VwKostO-HMSI Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales und Integration		Kostenregelungen für Amtshandlungen
ZustBestG Gesetz zur Bestimmung von Zuständigkeiten	§ 1	Ermächtigung zur Regelung der Zuständigkeit für die Ausführung von Bundesrecht und EU-Verordnungen

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 1

	§ 2	Ermächtigung zur Regelung der Durchführung von EU-Verordnungen
ZustVO MWVL Verordnung über Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	§ 4	Europäischer Berufsnachweis für Berufe nach der Gewerbeordnung
ZustVVLV Zuständigkeitsverordnung Veterinärwesen, Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung	§ 2	Tierseuchenrechtliche Vorschriften der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union; Tierische Nebenprodukte
	§ 8	Arzneimittel und Betäubungsmittel
WasserZustVO Verordnung über die Zuständigkeit der Wasserbehörden	§ 1	Zuständigkeit der Wasserbehörde
WPO-Pflege Hessische Weiterbildungs- und Prüfungsordnung für die Pflege und Entbindungsplege	§ 16	Grundsatz der Dienstleistungsfreiheit
Verordnung zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz (Aufbewahrungsverordnung - AufbewVO -)	Anlage	Aufbewahrung von Akten und Aktenteilen
Gesetz über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Bereich der Rechtspflege	§ 1	Verfahrenskonzentration in europäischen Verfahren für geringfügige Forderungen nach der Verordnung (EG) Nr. 861/2007

Kleine Anfrage Drs. 20/1167 – Anlage 2

Die folgenden Gesetze und Verordnungen im hessischen Landesrecht stellen eine Umsetzung von EU-Recht dar.

Gesetz	Richtlinie
Gefahrstoffunfällegesetz	96/82/EG
Gesetz über den Einheitlichen Ansprechpartner Hessen	2006/123/EG
Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Hessen und Thüringen über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen und zur Änderung des Hessischen Sparkassengesetzes	2006/43/EG, geändert durch Richtlinie 2008/30/EG
Gesetz zur Errichtung der Regulierungskammer Hessen	2009/72/EG
Gesetz zum Erlass von Rechtsverordnungen über die technischen Vorschriften für Binnenschiffe	2016/1629/EU
Gesetz zum Erlass von Rechtsverordnungen über Binnenschifffahrtsinformationssysteme	2005/44/EG
Gesetz zu dem Dreizehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag	2007/65/EG
Hessisches Altenpflegegesetz	2005/36/EG
Hessisches Architekten- und Stadtplanergesetz	2005/36/EG 2006/123/EG
Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz	85/337/EWG 2011/92/EU
Hessische Bauordnung	2012/18/EU
Hessisches Beamtengesetz	2003/88/EG 2005/36/EG 2000/78/EG 2006/54/EG

Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz	2012/18/EU
Hessisches Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz	2016/679/EU 2016/680/EU
Hessisches Disziplinalgesetz	2016/679/EU 2016/680/EU
Hessisches Dolmetscher- und Übersetzergesetz	2005/36/EG 2006/123/EG
Hessisches E-Government-Gesetz	2016/2016/EU 2014/55/EU Verordnung (EU) 2016/679
Hessisches Fischereigesetz	92/43/EWG 2000/60/EG
Hessisches Gaststättengesetz	2006/123/EG
Hessische Gemeindeordnung	94/80/EG
Hessisches Ingenieurgesetz	2005/36/EG 2006/123/EG
Hessische Landkreisordnung	94/80/EG
Hessisches Lehrerbildungsgesetz	2013/55/EU
Hessisches Personalvertretungsgesetz	2002/14/EG
Hessisches Seilbahngesetz	2011/92/EU
Hessisches Straßengesetz	97/11 EG
Hessisches Umweltinformationsgesetz	2003/4/EG 90/313/EWG
Hessisches Vermessungs- und Geoinformationsgesetz	2007/2/EG
Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz	2006/123/EG
Hessisches Wassergesetz	2000/60/EG 2008/1/EG

Patientenmobilitätsgesetz	2011/24/EU
HBQFG Hessisches Berufsqualifikations- feststellungsgesetz	2013/55/EU
Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung	2016/680/EU
Hessisches Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (HessBGG)	2016/210/EU
Verordnung	Richtlinie
Abwassereigenkontrollverordnung	2006/123/EG
Bergrechtliche Zuständigkeits- und Anerkennungsverordnung	2006/123/EG
Gefahrenabwehrverordnung für Häfen	2005/44/EG
Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 9. Dezember 1996 zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen vom 2. April 2001 (GVBl. I, 178), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622)	96/82/EG
Hessische Beihilfenverordnung	2004/38/EG
Hessische Eichdirektions-Verordnung	2006/123/EG
Hessische Heilverfahrensverordnung	2004/38/EG
Hessische Fischereiverordnung	92/43/EWG
Hessische Laufbahnverordnung	2013/55/EU
Hessische Urlaubsverordnung	2003/88/EG
Hessische Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen und die Elternzeit für Beamtinnen und Beamte	92/85/EWG
Kommunalabwasserverordnung	91/271/EWG
Landeswasserstraßenverordnung	2016/1629/EU

	2016/1629/EU 2009/100/EG
Verordnung über das Verfahren nach der Verordnung über Heizkostenabrechnung und der Energieeinsparverordnung	2006/123/EG
Verordnung über den Bau und Betrieb von Seilbahnen	2000/9/EG
Verordnung über die Arbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten	2003/88/EG
Hessische Polizeiarbeitszeitverordnung	2003/88/EG
Verordnung über die Qualität und die Bewirtschaftung der Badegewässer	2006/7/EG
Verordnung über die Entnahme von Wasser aus oberirdischen Gewässern zum Zweck der Trinkwasserversorgung	75/440/EWG 79/869/EWG
Verordnung über das Einleiten von Grundwasser und Abwasser in öffentliche Abwasseranlagen	2006/123/EG
Verordnung zur Gestaltung des Schulverhältnisses	2013/33/EU
Gefahrenabwehrverordnung über das Führen und Halten von Hunden	2006/123/EG
Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	2006/123/EG
Verordnung über barrierefreie Informationstechnik	2016/2102/EU